

## **Allgemeine Geschäftsbedingungen zu Rechtstexten bei Vereinsplaner (AGB)**

**Rechtsanwalt Mag. Michael Lanzinger**  
Alois-Auer-Straße 9/1 in 4600 Wels

Stand: 13.05.2021

### **1. Anwendungsbereich**

- 1.1. Diese AGB gelten den Bezug der Rechtstexte, welche über Vereinsplaner zur Verfügung gestellt werden bzw dort erworben werden können, zwischen dem Rechtsanwalt Mag. Michael Lanzinger (im Folgenden ‚Rechtsanwalt‘) und dem Bezieher der Dokumente (im Folgenden ‚User‘), ungeachtet ob es sich dabei um eine einzelne Person oder um einen vertretenen Verein handelt.
- 1.2. Die AGB gelten, sofern nichts anderes schriftlich vereinbart wird.
- 1.3. Abweichende Geschäfts- oder Auftragsbedingungen des Users werden nur Vertragsinhalt, wenn der Rechtsanwalt diesen ausdrücklich schriftlich zugestimmt hat.
- 1.4. Diese AGB gelten sowohl gegenüber Unternehmern als auch Verbrauchern iSd § 1 KSchG. Gelten einzelne Bestimmungen nur für Verbraucher oder Unternehmer, wird dies in der jeweiligen Bestimmung ausdrücklich angeführt.

### **2. Umfang der Leistung**

- 2.1. Seitens des Rechtsanwaltes werden dem User Dokumente mit rechtlichen Texten zur Verfügung gestellt, welche der User im Zusammenhang mit Vereinstätigkeiten nutzen kann. Diese Texte wurden nach bestem Wissen und Gewissen sowie auf Basis der aktuellen Rechtslage erstellt.
- 2.2. Der User hat lediglich Anspruch auf Aktualität beim Bezug der jeweiligen Dokumente eine weiterführende Aktualisierung ist in der bezogenen Leistung ausdrücklich nicht umfasst und bedarf einer separaten Vereinbarung zwischen dem Rechtsanwalt und dem User
- 2.3. Die bezogenen Dokumente ermöglichen einen gewissen Grad der Individualisierung, wobei dies in jedem Dokument separat ersichtlich ist. Für den Fall, dass eine Veränderung über diese vorgesehene Individualisierung hinaus erfolgt, nimmt der User zur Kenntnis, dass es unter Umständen zu einer Veränderung der rechtlichen Beurteilung kommen kann, für welche seitens des Rechtsanwaltes keine Haftung übernommen werden kann.

### **3. Verschwiegenheitsverpflichtung, Interessenkollision**

- 3.1. Der Rechtsanwalt ist zur Verschwiegenheit über alle ihm anvertrauten Angelegenheiten und die ihm sonst in seiner beruflichen Eigenschaft bekanntgewordenen Tatsachen verpflichtet, deren Geheimhaltung im Interesse des Users gelegen ist.
- 3.2. Der Rechtsanwalt ist berechtigt, seine Mitarbeiter im Rahmen der geltenden Gesetze und Richtlinien mit der Bearbeitung von Angelegenheiten zu beauftragen,

soweit diese Mitarbeiter nachweislich über die Verpflichtung zur Verschwiegenheit belehrt worden sind.

- 3.3. Dem User ist bekannt, dass der Rechtsanwalt aufgrund gesetzlicher Anordnungen in manchen Fällen verpflichtet ist, Auskünfte oder Meldungen an Behörden zu erstatten, ohne die Zustimmung des Mandanten einholen zu müssen; insbesondere wird auf die Bestimmungen zur Geldwäsche- und Terrorismusfinanzierung hingewiesen sowie auf Bestimmungen des Steuerrechts (zB Kontenregister- und Konteneinschaugesetz, GMSG etc).
- 3.4. Der User kann den Rechtsanwalt jederzeit von der Verschwiegenheitsverpflichtung entbinden. Die Entbindung von der Verschwiegenheit durch den User enthebt den Rechtsanwalt nicht der Verpflichtung, zu prüfen, ob seine Aussage dem Interesse des Users entspricht. Der Rechtsanwalt kann auch bei einer Entbindung seine Verschwiegenheit bewahren.
- 3.5. Der Rechtsanwalt hat zu prüfen, ob durch die Leistung an den User die Gefahr eines Interessenkonflikts im Sinne der Bestimmungen der Rechtsanwaltsordnung besteht.

#### **4. Unterbevollmächtigung und Substitution**

- 4.1. Der Rechtsanwalt kann sich durch einen bei ihm in Verwendung stehenden Rechtsanwaltsanwärter oder einen anderen Rechtsanwalt oder dessen befugten Rechtsanwaltsanwärter vertreten lassen (Unterbevollmächtigung). Der Rechtsanwalt darf im Verhinderungsfalle den Auftrag oder einzelne Teilhandlungen an einen anderen Rechtsanwalt weitergeben (Substitution).

#### **5. Preisgestaltung**

- 5.1. Die Preise werden bei dem jeweiligen Paket aus Textdokumenten direkt angegeben und verstehen sich exklusive Steuern und Abgaben.

#### **6. Haftung des Rechtsanwaltes**

- 6.1. Die Haftung des Rechtsanwaltes für fehlerhafte Beratung oder Vertretung ist auf die für den konkreten Schadensfall zur Verfügung stehende Versicherungssumme beschränkt, besteht aber mindestens in Höhe der in § 21a RAO idGF genannten Versicherungssumme. Dies sind derzeit EUR 400.000,- (in Worten: Euro vierhunderttausend) . Gegenüber Unternehmern ist eine Haftung des Rechtsanwaltes zusätzlich für entgangenen Gewinn, Drittschäden, mittelbare Schäden und/oder Folgeschäden, sowie Schäden aus leichter Fahrlässigkeit vollständig ausgeschlossen.
- 6.2. Der gemäß dem vorangehenden Punkt geltende Höchstbetrag umfasst alle gegen den Rechtsanwalt aus seiner beruflichen Tätigkeit, etwa wegen fehlerhafter Beratung, Vertragserrichtung oder Vertretung bestehenden Ansprüche, wie insbesondere auf Schadenersatz und Preisminderung. Dieser Höchstbetrag umfasst nicht Ansprüche des Users auf Rückforderung eines an den Rechtsanwalt geleisteten Honorars.
- 6.3. Der Rechtsanwalt haftet für mit Kenntnis des Users im Rahmen der Leistungserbringung mit einzelnen Teilleistungen beauftragte Dritte (insbesondere

Substituten), die weder Dienstnehmer noch Gesellschafter sind, nur bei Auswahlverschulden.

- 6.4. Der Rechtsanwalt haftet nur gegenüber dem User im Rahmen des konkreten vertraglichen Verhältnisses, nicht gegenüber Dritten. Der User ist verpflichtet, Dritte, die aufgrund des Zutuns des Users mit den Leistungen des Rechtsanwaltes in Berührung geraten, auf diesen Umstand ausdrücklich hinzuweisen.
- 6.5. Der Rechtsanwalt haftet für die Kenntnis ausländischen Rechts nur bei schriftlicher Vereinbarung oder wenn er sich erbötig gemacht hat, ausländisches Recht zu prüfen. EU-Recht gilt niemals als ausländisches Recht, wohl aber das Recht der Mitgliedstaaten.
- 6.6. Die Haftungsbeschränkung gilt gegenüber Verbrauchern nur bei leichter Fahrlässigkeit. Die Haftung für Personenschäden ist nicht beschränkt.

## **7. Verjährung/Präklusion**

- 7.1. Ist der User Unternehmer, und soweit nicht gesetzlich eine kürzere Verjährungs- oder Präklusivfrist gilt, verfallen sämtliche Ansprüche gegen den Rechtsanwalt, wenn sie nicht vom User binnen sechs Monaten ab dem Zeitpunkt, in dem der User vom Schaden und der Person des Schädigers oder vom sonst anspruchsbegründenden Ereignis Kenntnis erlangt, gerichtlich geltend gemacht werden, längstens aber nach Ablauf von fünf Jahren nach dem schadenstiftenden (anspruchsbegründenden) Verhalten (Verstoß).

## **8. Urheberrecht / Nutzungsrechte**

- 8.1. Der User erhält, nach vollständiger Bezahlung des Preies, das nicht-ausschließliche, nicht übertragbare Recht, die vom Rechtsanwalt erstellten Unterlagen für eigene Zwecke bzw die mit dem Rechtsanwalt vereinbarten Zwecke zu nutzen. Jede andere Verwendung, insbesondere eine Veröffentlichung oder Weitergabe an Dritte bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Rechtsanwalts. An sonstigen vom Rechtsanwalt übergebenen Unterlagen erhält der User oben genannte Rechte, wenn nicht im Einzelfall Abweichendes mitgeteilt wurde.

## **9. Rechtswahl, Gerichtsstand und außergerichtliche Streitbeilegung**

- 9.1. Es gilt materielles österreichisches Recht unter Ausschluss der Verweisungsnormen und des UN-Kaufrechts. Im Falle der Anwendbarkeit von Artikel 6 Abs 1 Rom-I-VO führt diese Rechtswahl gemäß Artikel 6 Abs 2 Rom-I-VO nicht dazu, dass dem Verbraucher der ergänzende Schutz durch zwingende Bestimmungen des Rechts des Verbrauchermitgliedstaats entzogen wird.
- 9.2. Ist der User Unternehmer, wird für Rechtsstreitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit dem durch diese AGB geregelten Vertragsverhältnis, wozu auch Streitigkeiten über dessen Gültigkeit zählen, die ausschließliche Zuständigkeit des sachlich zuständigen Gerichtes am Sitz des Rechtsanwaltes vereinbart, soweit dem nicht zwingendes Recht entgegensteht. Der Rechtsanwalt ist jedoch berechtigt, Ansprüche gegen den Mandanten auch bei jedem anderen Gericht im In- oder Ausland einzubringen, in dessen Sprengel der User seinen Sitz, Wohnsitz, eine Niederlassung oder Vermögen hat.

- 9.3. Sollte es zwischen dem Rechtsanwalt und dem User zu Streitigkeiten über den Preis kommen, steht es dem User frei, eine Überprüfung durch die Rechtsanwaltskammer Oberösterreich (zuständige Landeskammer) zu verlangen; stimmt der Rechtsanwalt der Überprüfung durch die Rechtsanwaltskammer zu, führt dies zu einer außergerichtlichen kostenlosen Überprüfung der Angemessenheit.
- 9.4. Verbraucher haben weiters die Möglichkeit, Beschwerden an die Online-Streitbeilegungsplattform der EU zu richten: <http://ec.europa.eu/odr>. Der Rechtsanwalt ist nicht verpflichtet, an diesem Streitschlichtungsverfahren teilzunehmen.

## **10. Datenschutz**

- 10.1. Der Rechtsanwalt verarbeitet die den User und/oder seinen Verein betreffenden personenbezogenen Daten (iSd Datenschutzgesetzes und der DSGVO), soweit dies zur Erfüllung der dem Rechtsanwalt vom User übertragenen Aufgaben notwendig und zweckmäßig ist oder sich aus gesetzlichen oder standesrechtlichen Verpflichtungen des Rechtsanwaltes (zB Teilnahme am elektronischen Rechtsverkehr etc) ergibt.

## **11. Information über das Rücktrittsrecht für Verbraucher**

- 11.1. Der User, soweit es sich bei ihm um einen Verbraucher handelt, hat das Recht, binnen vierzehn Tagen ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag zu widerrufen.
- 11.2. Die Widerrufsfrist beträgt vierzehn Tage ab dem Tag.
- 11.3. Um das Widerrufsrecht auszuüben, muss der User dem Rechtsanwalt mittels einer eindeutigen Erklärung (z. B. ein mit der Post versandter Brief, Telefax oder E-Mail) über den Entschluss, den Vertrag zu widerrufen, informieren. Hierfür kann das beigefügte Muster-Widerrufsformular verwendet werden (siehe unten), das jedoch nicht vorgeschrieben ist.
- 11.4. Zur Wahrung der Widerrufsfrist reicht es aus, dass der User die Mitteilung über die Ausübung des Widerrufsrechts vor Ablauf der Widerrufsfrist absenden.
- 11.5. Wenn dieser Vertrag widerrufen wird, sind alle Zahlungen, die der Rechtsanwalt vom User erhalten hat, einschließlich der Lieferkosten (mit Ausnahme der zusätzlichen Kosten, die sich daraus ergeben, dass der User eine andere Art der Lieferung als die angebotene, günstigste Standardlieferung gewählt haben), unverzüglich und spätestens binnen vierzehn Tagen ab dem Tag zurückzuzahlen, an dem die Mitteilung über den Widerruf dieses Vertrags bei dem Rechtsanwalt eingegangen ist. Für diese Rückzahlung wird grundsätzlich dasselbe Zahlungsmittel verwendet, das der User bei der ursprünglichen Transaktion eingesetzt hat, es sei denn, es ausdrücklich etwas anderes vereinbart; in keinem Fall werden wegen dieser Rückzahlung Entgelte berechnet.

## 12. Schlussbestimmungen

- 12.1. Änderungen oder Ergänzungen dieser AGB bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Schriftform.
- 12.2. Gegenüber Unternehmen lässt die Unwirksamkeit einer oder einzelner Bestimmungen dieser AGB oder des durch die AGB geregelten Vertragsverhältnisses die Gültigkeit der übrigen Vereinbarung unberührt. Die Vertragspartner verpflichten sich, die unwirksame(n) Bestimmung(en) durch eine dieser im wirtschaftlichen Ergebnis möglichst nahekommende Regelung zu ersetzen
- 12.3. Die deutsche Version dieser AGB ist maßgeblich

### Muster-Widerrufsformular

*(Wenn Sie den Vertrag widerrufen wollen, dann füllen Sie bitte dieses Formular aus und senden Sie es zurück)*

- An die Rechtsanwaltskanzlei Mag. Michael Lanzinger, Alois-Auer-Straße 9/1 in 4600 Wels, [office@kanzlei-lanzinger.at](mailto:office@kanzlei-lanzinger.at)
  
- Hiermit widerrufe(n) ich/wir (\*) den von mir/uns (\*) abgeschlossenen Vertrag über den Kauf der folgenden Waren (\*)
  
- Bestellt am (\*)/erhalten am (\*)
  
- Name des/der Verbraucher(s)
  
- Anschrift des/der Verbraucher(s)
  
- Unterschrift des/der Verbraucher(s) (nur bei Mitteilung auf Papier)
  
- Datum

*(\*) Unzutreffendes streichen*